



**adis** e.V.

Antidiskriminierung · Empowerment · Praxisentwicklung

---

## Identitätspolitik und Cancel Culture – Versuch einer kritischen Positionierung

Ein Gespräch von Lean Haug und Andreas Foitzik von adis e.V.

Sommer 2021

### Warum sprechen wir zu diesen Themen?

Andreas: Wir haben uns heute hier verabredet zu einem Gespräch über Identitätspolitik und Cancel Culture. Wir arbeiten beide bei adis e.V., einer Fachstelle, die sich mit den Themen Antidiskriminierungsberatung, Empowerment und Praxisentwicklung beschäftigt. Und damit werden wir immer wieder auch den Organisationen und Stimmen zugerechnet, denen identitätspolitisches Denken vorgeworfen wird. Und die damit verbundenen Vorwürfe sind schwerwiegend. Identitätspolitik würde von den wirklichen Problemen ablenken. Identitätspolitik sei elitär, besonders, wenn es um Sprachpolitik geht. Damit oft auch verbunden der Cancel Culture genannte Vorwurf, es dürfen nur Betroffene reden, wenn über die Diskriminierung gesprochen wird, in undemokratischer Weise würden Debatten abgewürgt, die Freiheit der Rede eingeschränkt. Identitätspolitik, Cancel Culture und Debatten um Political Correctness wären gar schuld am Aufstieg der Rechten und zuletzt der Vorwurf, wir würden in unserer Arbeit Opfer produzieren, weil das unser „Geschäftsmodell“ wäre.

Lean, du bist ja eher skeptisch, ob wir uns zu dem Thema öffentlich äußern sollen.

Lean: Ja, für mich ist das eher zwiespältig. Einerseits ist Identitätspolitik an und für sich ein spannendes Konzept und hat viel mit unserer Arbeit zu tun. So wie du es gerade beschrieben hast, wird der Begriff „Identitätspolitik“ aber meist nur noch als Schlagwort, Reizwort, Provokation benutzt. Darauf einzusteigen, macht für mich wenig Sinn. Das Problem ist, dass man erst einmal damit beschäftigt ist herauszufinden, was meint die Person jetzt eigentlich damit? Oft ist es ja als Vorwurf formuliert. Dann ist die Frage, lohnt es sich herauszufinden, was dahintersteckt? Hat das überhaupt etwas mit unserer Arbeit zu tun? Oder geht es nur um die Provokation und irgendwelche Unterstellungen. Und bis eins das sortiert hat, ist der Tag vorbei und die Arbeit liegt immer noch da. Andererseits ist es schon so, dass wir immer mal wieder zu diesem Thema angefragt werden von Leuten, wo klar ist, okay, die haben da ein offenes, ehrliches Erkenntnisinteresse und sind mit Fragen beschäftigt, wo es sich lohnt, auch einzusteigen. Und das machen wir dann ja auch immer wieder. Aber mit den Personen könnten wir uns auch über die ganzen spannenden Fragen unterhalten, ohne den Umweg über dieses Reizwort zu nehmen. Und dann wollten wir bisher auch nicht über jedes Stöckchen springen, das man uns - besonders hier in Tübingen - hinhält.

Andreas: Ich sehe für mich auch zwei Gründe, zu dem Thema zu sprechen. Zum einen wird über die Diskurse über Identitätspolitik unsere Arbeit ganz grundsätzlich in Frage gestellt, in Frankreich sehen wir das schon deutlicher. Da werden mit dem Vorwurf, keine neutrale Wissenschaft zu sein, sondern identitätspolitische Interessen zu verfolgen Studiengänge wie „Postcolonial Studies“ oder „Queer Studies“ von ganz oben als unwissenschaftlich in Frage gestellt. Und ich sehe durchaus die Gefahr, dass diese Stimmen auch bei uns stärker werden und dann auch zivilgesellschaftliche Projekte, die sich mit diesen Themen - im Übrigen meist ungesichert und unterfinanziert - beschäftigen, zunehmend in Frage gestellt werden. Und zum andern sehe ich, dass auch bei Menschen, die unsere Anliegen teilen, durch diese Debatten dadurch verunsichert werden.

Wenn wir hier in Tübingen über das Thema sprechen, hat dies sicherlich auch mit den Debatten zu tun, die Oberbürgermeister Boris Palmer zu diesen Themen führt - in einer Weise, die äußerst problematisch ist.

Wenn wir hier über diese Themen sprechen, wird es sicherlich auch darum gehen, die bestehenden Vorwürfe in der Form wie sie geäußert werden klar zurückzuweisen. Aber wir wollen auch versuchen, aus dem Ping-Pong-Spiel von gegenseitigen Vorwürfen auszusteigen und über Punkte sprechen, die wir auch intern zu diesen Debatten kritisch diskutieren. Es ist ja ein Dilemma in der Debatte um die Identitätspolitik, dass es uns aufgrund dieser zum Teil starken Angriffe gar nicht mehr gelingt, ganz offen diese Debatten zu führen, wo wir auch selbstkritisch auf unsere eigene Praxis schauen.

## Aus welcher Perspektive sprechen wir jeweils zu diesen Themen?

Lean: Bevor wir inhaltlich einsteigen, wollen wir kurz beschreiben, aus welcher Perspektive wir jeweils zu ‚Identitätspolitik‘ im Wortsinn sprechen.

Mein Blick auf das Thema ist vor allem queer-aktivistisch geprägt. Queer ist ja ein Begriff, der beides ist. Also er macht eine Identitätskategorie auf – eine uneindeutige! –, ist aber auch eine Form, politisch aktiv zu sein. Queer heißt dann, Geschlechternormierungen, Heteronormativität, also Normvorstellungen von sexueller Orientierung und Lebensentwürfen zu hinterfragen und gegen diese Normierungen vorzugehen. Und aus diesem Ursprung heraus ist queerer Aktivismus auch von Intersektionalität geprägt. Wenn es gegen das Zweigeschlechtersystem geht, dann muss da mitgedacht sein: wie ist das System rassistisch organisiert, welche Rolle spielen sozioökonomischen Faktoren? Und dann bin ich verbunden mit LSBTIQ-Vernetzung und da sind die Identitätsbezüge ja im Namen drin. Aber auch nicht ungebrochen. Es ist ein Stückweit selbstironisch ein Buchstabensalat und immer die Frage, wer fehlt. Aber aus dieser Benennung von Identitäten erwächst auch Kraft und Stolz und es ist ein Moment von politischer Strategie, die anderen, die „Normalos“ dazu zu bringen, die Worte zu benutzen, zu benennen, mit wem sie sprechen. Also es geht um „lesbisch, schwul, bisexuell, trans, inter, queer“ und ihr müsst es lernen, sonst stolpert ihr ständig über diese Abkürzungen. Und deswegen ist auch das für mich schon immer beides. Es gibt den Identitätsbezug und es gibt die Politik, die das Ganze im Blick hat. Identitätspolitik ist keine Reduktion auf Identität, oder eine fixe Vorstellung von einer Identität. Es ist nicht entweder oder, sondern sowohl als auch.

Andreas: Ich spreche da aus einer anderen Geschichte. Ich spreche zuerst als „weißer alter Mann“, der den Luxus hatte, in sehr heterogenen Räumen viel zu lernen. Wenn ich von „weißer alter Mann“ spreche, sehe ich darin erst einmal eine sehr treffende, wenn auch unvollständige Beschreibung meiner Lebenssituation, meiner Geschichte. Das Interessante ist ja, dass diejenigen, die sich am meisten über diese Zuschreibung aufregen, vermutlich locker so ein Satz wie junge Schwarze Frau über die Lippen geht, ohne dass sie das als Zuschreibung erfahren. Selbstverständlich bin ich viel mehr als das, aber genau das bin ich eben auch. Und wenn ich zu diesem Thema spreche, dann spreche ich genau aus diesem Erfahrungshintergrund, dass ich aufgrund meiner Selbstverständlichkeit als alter weißer Mann gewohnt bin, mir den Raum zum Sprechen zu nehmen. Und mir dieser Raum von anderen auch als ganz selbstverständlich zugestanden wird, weil sie mich als alten weißen Mann wahrnehmen. Ich spreche sozusagen als jemand, der sich um das Thema Identität scheinbar nicht zu kümmern braucht, weil er praktisch nicht um seine Wahrnehmung und Anerkennung seiner Identität kümmern muss.

Man könnte es auch anders sagen: ich spreche sozusagen als jemand, der sich um seine Identität kümmern *sollte*, der sozusagen erst verstehen muss, dass diese scheinbar bequemen Identitäten, „weiß“, „alt“, „Mann“ - und noch viel mehr, was man hier nennen könnte -, die eben nicht benannt werden, weil sie die Norm sind, auch mich entmenschlichen. Es geht um eine bewusste Auseinandersetzung mit dem, was ist, und gleichzeitig das Gebrochene darin immer schon auch mitzudenken.

Ich möchte noch einen anderen Punkt machen: Ich habe mich mit Identitätspolitik in den neunziger Jahren als Teil einer in die Krise geratenen internationalistischen Linken auseinandergesetzt. Da haben wir die eigene Praxis rückblickend als identitätspolitisch aufgeladen reflektiert, also da mit einem negativen besetzten Begriff von Identitätspolitik. Die (Selbst-)Kritik an einer Bewegung, die sehr klar hatte, auf welcher Seite man stehen musste, die sehr klar die Frage stelle, „bist du ein Teil des Problems oder ein Teil der Lösung?“. Wann kippt hier eine politische Bewegung von einer politischen Kraft der Veränderung sozialer Verhältnisse und dreht sich identitätspolitisch nur noch um sich selbst. Und das ist ja vielleicht die erste Frage, um uns den Begriff zu nähern. Er war ja ursprünglich tatsächlich mal positiv besetzt worden.

## Die Ursprünge der Diskussion um Identitätspolitik

Lean: Ich gehe bei Identitätspolitik immer wieder zurück auf das Combahee River Collective Statement von 1977. Das Combahee River Collective ist ein Kollektiv von Schwarzen Feminist\*innen und Lesben, Sozialist\*innen in den USA. Und die haben in diesem Statement die Realität ihres Lebens und ihres politischen Aktivismus beschrieben und dafür den Begriff Identitätspolitik geprägt. In diesem Statement erklären sie, dass die vielfältigen Erfahrungen von Unterdrückung, die sie machen, nicht gleichberechtigter Bestandteil in den politischen Bewegungen sind, in denen sie aktiv sind. Wie sie zum Beispiel in einer feministischen Bewegung immer auch mit Rassismus konfrontiert sind, in Schwarzen Befreiungsbewegungen mit Sexismus und so weiter. Die Erkenntnis ist, dass nur sie selbst sich genug für ihre Belange interessieren, um da kontinuierlich und mit gebotener Kraft für diese Belange zu kämpfen. Diesen Kampf nehmen sie auf und die Verkörperung davon ist Identitätspolitik. Also die Erkenntnis, es macht einfach Sinn, mit aller Kraft auch der Verschränkungen von Identität, Politik zu machen. Und da steckt für sie auch drin, den eigenen Wert von diesen spezifischen Identitäten erkannt zu haben, ihn hochzuhalten, dafür zu kämpfen und aus einer Wertschätzung und Liebe zu sich selbst und der eigenen Community zu handeln. Identitätspolitik in diesem Sinn hat mit gesellschaftlichen Machtverhältnissen und ihren Verschränkungen zu tun und ist eine Kritik an Politik und an emanzipatorischen Bewegungen, die diese Verschränkungen nicht ernst genug nehmen, die die Anliegen, die damit zu tun haben, nicht ins Zentrum stellen.

Ich finde, es lohnt sich auf jeden Fall dieses Statement zu lesen, es ist relativ kurz, frei im Internet zu haben und in viele Sprachen übersetzt.<sup>1</sup>

Andreas: Und das Interessante heute ist ja, dass wir kaum Menschen oder Gruppen kennen, die sich auf die Fahne schreiben, wie eben damals dieses Combahee River Company Collective Identitätspolitik zu machen. Ich glaube, das hat sicher auch damit zu tun, dass dieser Begriff inzwischen von den Kritiker\_innen so negativ besetzt ist. Aber vielleicht auch damit, wie du es im Grunde schon angedeutet hast, dass Identität ja immer so ein Denken von Identität im Singular nahelegt. Als gäbe es Identität als ein „Mit sich eins werden“. Wir gehen in unserer Arbeit ja genau davon aus, dass wir es mit hybriden Identitäten zu tun haben. Hybrid meint hier, dass Identitäten auch ganz widersprüchlich sein können. Dass wir uns ganz unterschiedlich zugehörig fühlen, ganz unterschiedlich Bezüge haben, biographische Prägungen haben, unterschiedliche Kränkungen und Verletzungen in uns tragen sozusagen.

Lean: Ja, spannend. Aber eben auch interessant, dass die Schwarzen Feminist\*innen in den siebziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts sich gar nicht aufgehalten haben mit der Vorstellung Identität könnte etwas im Singular sein. Da war der Ausgangspunkt ja schon ein ganz anderer, eben gerade in der Verschränkung von Identitäten, in Personen, in Gruppen, in Bewegungen. Und wir müssen jetzt nun wieder zurückgehen mit unseren Erklärungen hinter diesen Ausgangspunkt und darin spiegelt sich auch wider, wie ernst Wissen genommen wird, das bereits produziert ist. Auch je nachdem von wem es produziert wurde.

---

<sup>1</sup> <https://www.blackpast.org/african-american-history/combahee-river-collective-statement-1977/>

Andreas: Ich sehe es tatsächlich etwas anders. Es gibt ja in Bewegungen faktisch diese Anrufungen von kollektiven Identitäten, die Identität dann doch auf eine Art im Singular denken und eben nicht als hybride Konstruktion. Ich will dies auch gar nicht grundsätzlich kritisieren. Es gibt historische Momente in politischen Kämpfen um Teilhabe und Gerechtigkeit, in denen Teilidentitäten in den Vordergrund gerückt werden, um eine politische Stärke als Bewegung zu entwickeln. Da muss man dann in Kauf nehmen, dass dabei die Vielschichtigkeit und Hybridität in den Hintergrund rückt.

Und wenn da den Bewegungen dann vorgeworfen wird, sie drehen sich nur um sich selbst, ist das natürlich perfide. Der Kampf um Anerkennung ist immer auch ein Weg, Rechte durchzusetzen oder Ungerechtigkeiten aufzulösen. Wo wären wir heute, wenn Frauen nicht als Frauenbewegung ihre Rechte als Frauen erkämpft hätten? Wo wären wir heute, wenn die Kämpfe von Schwarzen nicht zu einer Befreiung von Sklaverei geführt hätten? Wo wären wir, wenn Arbeiter\*innen nicht zumindest immer wieder gegen die schlimmsten Formen von Ausbeutung gewehrt hätten und sich immer wieder gegen Kapitalismus und Kapitalinteressen wehren? In diesen Kämpfen liegt immer auch eine gewisse Ambivalenz, eben weil da gewissermaßen identitätspolitische Momente oft eine große oder auch zu große Rolle spielen können.

Wenn es eine Zuspitzung von einem kollektiven „Wir“ gibt, das auf die Straße geht, das sozusagen auf Transparenten sichtbar werden muss, das in Slogans sichtbar werden muss, das auf Transparente passen muss, kann nicht erwartet werden, dass die Vielfältigkeit von Identitätskonstruktionen sichtbar wird. Und da gibt es dann immer auch das Moment, dass es kippen kann, dass es Ausschlüsse gibt von Leuten, die nicht in das Wir passen. Und wie gesagt, auch in ganz vielen Bewegungen, an denen ich beteiligt war. Und gleichzeitig gibt es in diesen Beispielen immer wieder auch gegenläufige Tendenzen. Menschen, die sich begegnen, die sich solidarisch zeigen, die Bündnisse aufbauen, die Identitäten sprengen, die die Vielfalt zur Kenntnis nehmen und die auch über eigene Fehler und Ausschlüsse selbstkritisch nachgedacht haben. Ich sehe hier immer diese beiden Momente miteinander. Und mein erster Schluss an dieser Stelle wäre, Identitätspolitik immer dort zu verteidigen, wo Menschen sich gegen strukturelle Ungleichheit wehren. Demokratie braucht auch immer die Vertretung von partikularen Interessen.

Lean: Ich sehe auch die Vielfältigkeit von Strategien im Kampf um Teilhabe und gleiche Rechte, Und ja, es ist eine Möglichkeit im Sinne des Empowerments entlang einer Identität zu kämpfen. Aber daneben gibt immer noch ganz andere Strategien, die nebeneinander existieren, auch widersprüchlich sein können. Diese Widersprüchlichkeit sind immer wieder auch Grund für Auseinandersetzungen innerhalb von Bewegungen. Wer Lust hat, dazu noch einmal tiefer einzusteigen, denen empfehle ich zum Beispiel die Texte von Mai-Anh Boger zum „Trilemma der Inklusion“. Dieses Konzept hat in unserer Antidiskriminierungs- und Empowermentarbeit einiges zur Verständigung beigetragen.

Andreas: Ich möchte hier kurz noch was zu der oft vorgetragenen Gleichstellung der Identitätspolitik von links mit einer national oder rassistischen Identitätspolitik von rechts sagen. Die sogenannten „Identitären“ tragen das gewissermaßen in ihrem Namen. Diese Gleichsetzung ist schon sehr absurd. Einmal geht es tatsächlich um die Durchsetzung eines ausschließlichen und ausschließenden nationalen Wirs, beim andern geht es *gerade* um ein Recht gegen Ausschluss und für Inklusion. Und in dieser Praxis verbinden sich der Kampf um Anerkennung von Identitäten mit dem Kampf gegen Ungleichbehandlung. Wer mag, kann mal in unserer Mediathek die Veranstaltungen der letzten anderthalb Jahre anschauen, da waren Veranstaltungen dabei, bei denen um Racial Profiling, um rassistische Ausbeutung am Arbeitsmarkt oder um die rassistischen Anschläge in Hanau ging. Da geht es nicht „nur“ um Sprache oder Identität, da geht es um ganz materielle Dinge.

Ein zweites Schlagwort, das im Grunde ganz ähnlich benutzt wird, um die Antidiskriminierungsarbeit zu diffamieren, ist Cancel Culture. Der Vorwurf, Cancel Culture sei undemokratisch, Menschen würden gehindert werden zu sprechen.

## Zur Diskussion um Cancel Culture

Lean: Ja, Cancel Culture ist auch ein Begriff, der gerade inflationär benutzt wird, bei dem aber auch unklar bleibt, was damit eigentlich gemeint ist. Canceln an sich ist entstanden als Bezeichnung für den Versuch, Menschen auf einer sozialen Ebene Konsequenzen für ihr Verhalten aufzuzeigen. Da geht es in der Regel um Leute, die berühmt sind oder die ansonsten Privilegien haben, in jedem Fall aber die besseren Anwält\*innen und PR-Abteilungen. Naming und Shaming war und ist in vielen Zusammenhängen eine bekannte politische und auch aktivistische Strategie. Und canceln ist im Prinzip das gleiche, stammt aber als Wort meines Wissens aus Schwarzen (Online)Communities.

Aber das hat für mich nichts zu tun mit dem, was jetzt Cancel Culture heißt. Es hat sich eben nicht zu einer Kultur entwickelt und es hat kaum materielle Konsequenzen. Wenn der Begriff Cancel Culture auch im deutschen Sprachraum inflationär benutzt wird, geht es offenbar um etwas anderes. Immer wenn mir das begegnet, ist der Hintergrund, dass jemand kritisiert wurde für etwas diskriminierendes, was sie\_er gesagt hat. Da wird entgegnet, das ist rassistisch, sexistisch, behindertenfeindlich, transfeindlich, einfach nicht witzig... Und dann gibt es den Aufschrei der Kritisierten, dass die freie Meinungsäußerung in Gefahr ist. Im Ernst? Und ja, es wurden und werden manchmal Leute von Veranstaltungen ausgeladen. Da heißt es: „Okay, wir wollten hier eine nice Veranstaltung oder konstruktive Diskussion zu einem bestimmten Zweck haben, aber jetzt äußerst du dich so feindlich und bist nicht bereit das zu reflektieren. Das würde uns den Zusammenhang sprengen. Wir können leider nicht mehr die Einladung aufrechterhalten.“ Das ist kein Problem mit der freien Meinungsäußerung. Auch nicht in der Konsequenz.

Weil dann passiert meistens, dass die Betroffenen das auf Social Media ausbreiten, wo sie zigtausende Follower haben, oder einige können ihre Positionen in Büchern ausbreiten, die von Verlagen auch gekauft werden, die in Buchhandlungen ausliegen, sie werden in Fernsehsendungen eingeladen, immer und immer wieder, sie werden in Zeitungen interviewt oder dürfen dort Gastbeiträge schreiben, darüber wie sie angeblich gecancel wurden.

Das ist halt der Punkt, wo es einfach absurd wird, wenn dir immer ein Mikrofon hingehalten wird und du für jeden Lautsprecher sagen kannst: „Ich darf ja gar nichts mehr sagen.“ Ich würde dazu einladen, sich das unter dem Aspekt genauer anzuschauen. Und zu überlegen, wie oft habe ich die Person, deren Meinungsfreiheit angeblich beschnitten wurde, in den letzten Wochen in den Medien gehört oder gesehen. Die Meinungsfreiheit ist nicht in Gefahr, das Einzige, was meines Erachtens passiert, ist, dass durch Social Media die direkte Kritik zurückkommt. Aber es gibt kein Recht auf Kritikfreiheit und es gibt auch kein Recht darauf, in Fernsehsendungen und Veranstaltungen eingeladen zu werden. Und wenn ich mich entsprechend feindlich, abwertend oder diskriminierend äußere, kann das halt Konsequenzen nach sich ziehen. Ich sehe darin keinen problematischen Zustand.

Andreas: Wir könnten auch aus einer anderen Perspektive auf das Thema Cancel Culture blicken. Es gibt eine Kultur des Cancelns, eine Kultur, die anderen das Recht nimmt zu sprechen, und dies schon seit Jahrzehnten, ja Jahrhunderten, dann sind es machtvolle gesellschaftliche Strukturen, die verhindern, dass bestimmte Gruppen mitsprechen können, in den Medien, in Kulturbetrieben, in Reaktionen. Jetzt, wenn die Leute sagen: „Doch, wir wollen mitsprechen“ kommt der Gegenvorwurf dieser Cancel Culture und verstellt den Blick diese strukturelle Form des Cancelns von Meinungen und Perspektiven. Birgit Rommelspacher hat das als Normalität einer Dominanzkultur beschrieben, in der das, was dominiert, sich nicht mehr erklären muss, aber die, die da nicht dazugehören, wahrgenommen werden, wenn sie sich den Raum nehmen zu sprechen.

Kübra Gümüşay nennt diese unsichtbare Mehrheitskultur „die Unbenannten“, die sich dann aufregen, wenn sie – zum Beispiel als „alte weiße Männer“ dann doch mal benannt werden. Die es nicht gewohnt sind, in ihrer Normalität kritisiert zu werden. Und dann kommt schnell der Vorwurf, als würde es darum gehen, über diese Cancel Culture jemanden als Sexist\*in oder als Rassist\*in zu entlarven, zu identifizieren.

Das ist ein Punkt, der bei diesem Thema ziemlich zentral ist. Wenn wir in unserer Arbeit so arbeiten würden, dass wir ständig unterwegs wären, um „Rassisten“ aufzuspüren, dann bräuchten wir nicht in Schulen, in Verwaltungen, Unternehmen oder Jobcentern arbeiten. Ich glaube, da würde sich niemand

auf Lernprozesse mit uns einlassen. Uns geht es nicht darum, Gesinnungstests zu machen, sondern es geht uns darum, die Wirkung bewusst zu machen, die diskriminierende Strukturen oder Redeweisen auf Menschen haben. Und damit ist sowohl auf gesetzlicher Ebene die objektive Wirkung gemeint, aber es geht hier auch um die subjektive Wirkung. Wir reden von Diskriminierungsrisiken, wir gehen davon aus, dass wir alle in Verhältnissen leben, wo wir gar nicht in der Lage sind, nicht rassistisch zu sein, wie das mal Nora Räthzel und Annita Kalpaka benannt haben, sondern wo wir im Grunde durch die Struktur, wie sie da ist, alle ständig Formen von Diskriminierung reproduzieren. Und dann geht es auch um die Frage, in welcher Form jemand Verantwortung übernimmt für die Wirkungen auf das Zusammenleben, die dieser Rassismus hat.

Verantwortung zu übernehmen, kann dann auch bedeuten, dass ich, wenn ich mit dem Vorwurf des Rassismus konfrontiert werde, das nicht reflexartig als ungerechten Vorwurf zurückweise, sondern sehe: „Das ist gut für mich, ich habe da einen Anlass zu lernen, ich habe eine Verantwortung für das und es ist gut, wenn du mich darauf hinweist, dass mein Verhalten Folgen für andere hat, die ich vielleicht nicht beabsichtigt habe, um mich da in Zukunft vielleicht anders verhalten zu können.“ Die Frage ist also nicht, ob wir Rassist\*innen sind oder nicht, sondern ob wir uns damit auseinandersetzen oder nicht.

Das heißt dann auch, um wieder zurückzukommen zum Thema „Canceln“, dass es schon auch einen Unterschied macht, ob jemand gecancelt wird, weil er oder sie einmal ein falsches Wort sagt und danach aber sehr schnell Verantwortung dafür übernimmt und sich nicht nur pro forma entschuldigt. Da fände ich es zum Beispiel unangemessen, jemanden von der Veranstaltung auszuladen.

Aber ich da bin da komplett bei dir, dass es möglich sein muss, Konsequenzen einzufordern, wenn Menschen und gerade Menschen in öffentlichen Positionen nicht bereit sind, sich auseinanderzusetzen und Verantwortung zu übernehmen.

Lean: Klar ist es im Einzelfall die Frage, ob die Konsequenzen angemessen sind. Mein Eindruck ist aber, dass ganz viel über einzelne Fälle gesprochen wird und was im Detail vielleicht problematisch war, und gleichzeitig die drunterliegende Struktur von Diskriminierung gar nicht mehr die Aufmerksamkeit bekommt. Die Struktur und der Alltag in unserer Gesellschaft ist ja eher, dass Leute relativ ungestört diskriminierende Verhaltensweisen an den Tag legen können und es ist ganz schwierig, daran was zu ändern. Das ist immer wieder die Erfahrung aus unserer Antidiskriminierungsberatung, dass es viel zu selten noch Konsequenzen gibt, wenn zum Beispiel eine Person am Arbeitsplatz beleidigt oder diskriminiert wird. Natürlich gelingt das in einzelnen Fällen, aber das strukturelle Problem bleibt erhalten.

Wobei unsere Vision ohnehin nicht ist, dass es darum geht, Leute im Sinne einer Bestrafungslogik möglichst krasse Konsequenzen spüren zu lassen. Es geht uns darum, Gesellschaft so zu gestalten, dass Menschen Verantwortung übernehmen können für ihr Verhalten, für das, was sie sagen. Dass sie verstehen können, wo ihr Verhalten, ihr Sprechen Konsequenzen hatte, wo das diskriminierend war und dass sie dann auch wissen und die Möglichkeiten zur Verfügung haben, wie sie das wieder gut machen oder reparieren können. Das ist der Zustand, zu dem wir hinwollen, auf den wir hinarbeiten.

Andreas: Das finde ich einen sehr spannenden Punkt. In unserer Arbeit spielt es eine viel größere Rolle, dass es in vielen Institutionen eine Kultur des Cancelns gibt, die verhindert, dass Menschen ihre Diskriminierungserfahrungen benennen können, ohne zu riskieren als Spaßbremsen oder Nestbeschmutzer\*innen wahrgenommen und erneut ausgeschlossen zu werden. Hier arbeiten wir Schulen, Hochschulen, Verwaltungen, NGOs und Unternehmen, wie sie eine Kultur entwickeln, in der Diskriminierungsbeschwerden besprechbar werden, und die Zuständigen unaufgeregt, aber auch eindeutig und klar damit umgehen. Hier sind wir meilenweit davon entfernt, dass es eine Kultur des Sprechens gibt. Auf eine Art werden hier die gecancelt, die Diskriminierung benennen.

Ein Beispiel, an dem Cancel Culture diskutiert worden ist, war die Fragen wer das Gedicht von Amanda Gorman bei der Amtseinführung des neuen US-Präsidenten Joe Biden, übersetzen darf und wer nicht. Also da steckt ja auch immer so ein bisschen der Vorwurf darin, über Rassismus, über Sexismus,

Heteronormativität dürfen nur die sprechen, die das sozusagen selbst aus eigener Erfahrung kennen, alle anderen haben kein Recht darüber zu sprechen. Was ist da dran?

Lean: Natürlich ist es nicht so, dass nur Betroffene sprechen dürfen. Es kommt da eher darauf an, welche Räume stehen welchen Leuten zur Verfügung und wer kann da sprechen. Das ist auch wieder ein komplexeres Thema. In unserer Arbeit gibt es ja diesen Begriff von Empowerment und Empowermenträumen. Das ist die Idee, dass da tatsächlich die sogenannten Betroffenen unter sich sind und ungestört sprechen können. Hintergrund ist, dass Menschen, die Diskriminierung erfahren, oft erleben, dass sie nicht ernstgenommen werden und es abgetan wird, wenn sie ihre Erfahrung teilen. In vielen Räumen ist kein gleichberechtigtes Sprechen und Zuhören möglich. Deswegen gibt es die Idee von Empowermenträumen, Safer Spaces, Braver Spaces, wie immer sie dann jeweils heißen. Das heißt, es gibt zum einen Räume, in denen nur die einen sprechen und dann gibt es Räume, die für den Austausch da sind. Dafür ist dann unsere Idee, dass die Stimmen von marginalisierten Personen oder Gruppen, Verstärkung brauchen können. Deswegen machen wir so Projekte wie Amplifying Voices<sup>2</sup>.

Übrigens ist es ja auch in anderen Bereichen ganz normal, dass es immer Gruppen gibt, die Angebote für ihre eigenen Mitglieder machen. Auf einem Grünen-Parteitag ist auch nicht die Hälfte der Redezeit für CDUler reserviert.

Und nochmal zu dem Gedicht von Amanda Gorman und der Übersetzung. Da ist ja nicht nur die Frage, wer darf das übersetzen, sondern auch, wer wird als erstes angefragt, wer wird vielleicht als einziges dafür angefragt, eben um für diese Übersetzung auch Geld zu bekommen. Als Erwerbsarbeit. Wenn das immer weiße ältere Leute sind, dann ist das offenbar ein strukturelles und materielles Problem und dann ist eben die Frage, welche Bedingungen begünstigen das und wie können die gegebenenfalls verändert werden.

Andreas: Du hast das Beispiel auch vom Schauspiel genannt, wer kriegt welche Rollen, wenn queere Schauspieler\*innen immer nur Queere spielen dürfen, queere Rollen oft auch von nicht-queeren Schauspieler\*innen besetzt werden, kann eine Forderung schon sein, zumindest diese Rollen zu bekommen. Übertragen können wir hier sagen, wenn ein Literaturbetrieb so organisiert ist, dass bestimmte Menschen alle Aufträge kriegen und andere nur bestimmte, ist das nicht unsere Vision. Und gleichzeitig könnte darüber gesprochen werden, wer hat denn welche Kompetenzen, welches Gedicht zu übersetzen und was braucht es denn für Kompetenzen und inwieweit kann eine bestimmte Perspektive auch wichtig sein, um ein Gedicht zu übersetzen.

Lean: Ja, die Frage von Kompetenzen ist da auch wirklich wichtig. Aber nicht so, dass die einen die Kompetenzen haben und die anderen die Betroffenheit. Denn zum Beispiel in Filmen, in denen es um trans Themen geht und nicht trans Schauspieler\*innen trans Rollen spielen, da ist halt merklich, dass das nicht zu einer erhöhten Qualität von den Geschichten führt, die erzählt werden. Und deswegen ist es gar nicht so etwas, wo die Kompetenz gegen die Betroffenheit oder gegen die Identität steht, sondern wo es wieder mal möglich wäre, spannendere Geschichten zu erzählen, wenn die Beteiligten mehr damit verbunden sind und das als Zusatzkompetenz gilt. Und irgendwann, wenn es dann genug Geschichten und Rollen für alle gibt, klar können auch wieder alle alle Rollen spielen.

Andreas: Wir haben dieses Thema ja immer wieder auch im Team von adis. Hier arbeiten knapp zwanzig Menschen, wir sind ein sehr heterogenes Team mit sehr unterschiedlichen Erfahrungen. Auch hier fragen wir uns, wer spricht wann über welches Thema. Ganz konkret, wenn ich spreche - wie jetzt zum Beispiel - ist das auch immer ein doppelter Zwiespalt. Zum einen profitiere ich mit dem, was ich sage, von Menschen, die sich dieses Wissen erstritten und erkämpft haben. Ich beziehe mich auf viel Wissen von Schwarzen Menschen, von queeren Menschen, von Frauen, die zu diesen Themen gearbeitet haben und von denen ich viel gelernt habe. Wenn ich nun dazu spreche, eigne ich mir dieses Wissen an, profilieren mich damit und profitiere davon.

---

<sup>2</sup> <https://adis-ev.de/empowerment/amplifying-voices>

Der andere Zwiespalt dabei ist, dass ich auch über Erfahrungen spreche, die andere durchlitten haben und die ich nicht durchleiden muss, weil ich nicht in dieser negativen Weise betroffen bin.

Gleichzeitig habe ich eine Vision von der Welt und dies ist nicht die Welt, in der wir leben. Wir haben eine gemeinsame Vision und arbeiten dazu als Kolleg\_innen. Und ich will aus meiner Position heraus einen Beitrag leisten und der Beitrag kann manchmal darin bestehen - und das ist sicherlich auch etwas, das ich erst lernen musste und immer noch lernen muss - die Klappe zu halten und andere sprechen zu lassen. Es gibt aber auch Situationen im Team, in denen die Kolleg\_innen sagen: „Andreas, mach du das“. Weil sie sich bestimmte Gesprächssituationen nicht antun wollen oder auch, weil sie sagen, auf dich hören sie vielleicht anders. Und klar, wenn ich das dann mache, reproduzieren wir in gewisser Weise auch die Strukturen.

Lean: Da sieht man auch wieder, dass es ein ganz komplexes Themenfeld ist. Wir sind da ja immer auch dabei unsere Praxis zu reflektieren und neue Praktiken zu entwickeln. Wir üben das auch ein, wie es auch anders aussehen kann.

Andreas: Zum Thema Cancel Culture würde ich gerne noch einen anderen Punkt anfügen. Diese Debatten, wer wo sprechen kann oder auch darf, hat es ja immer gegeben. Dass das heute so heiß diskutiert wird, hat ja viel mit der Dynamik zu tun, wie sie durch soziale Medien wie zum Beispiel Facebook erzeugt werden kann. Und da haben wir ein doppeltes Problem. Zum einen werden inhaltlich komplexe Zusammenhänge hier oft in sehr knappe Botschaften reduziert und zum anderen ruft jede Reaktion in einem unglaublichen Tempo, das kein Bedenken und Nachdenken zulässt, Gegenreaktionen hervor. Das schaukelt sich dann fast automatisch zu einer gegenseitigen Empörungsschlacht hoch, in der es nicht mehr um Argumente oder ein gemeinsames Abwägen geht. Wir schreiben aus diesem Grund schon keine Leserbriefe in der Tageszeitung. Im Netz kommt dann noch dazu, dass da dann anonym wirklich gruselige Sachen gesagt werden können und dann oft auch stehen gelassen werden, was bestimmten Positionen dann auch zu einer Akzeptanz verhilft. Wir haben als Team zu diesem Thema keine wirkliche Expertise. Aber ein Teil der problematischen Aspekte dessen, was unter Cancel Culture diskutiert wird, ist sicherlich hier zu suchen. Und alle, die hier mitmischen, sollten sich hier ihrer Verantwortung bewusst sein.

## Zur Diskussion um Sprache

Andreas: Wenn wir hier über Identitätspolitik sprechen, müssen wir auch über Sprachpolitik sprechen. In der Diskussion um Identitätspolitik und Cancel Culture geht es immer wieder um Fragen, welche Worte so verletzend sind, dass sie nicht benutzt werden sollten. Es geht aber auch um inklusive Sprache und Gendersternchen und in diesem Zusammenhang auch um den Vorwurf, wir würden so sprechen, dass man uns nicht mehr versteht und „die Leute“ überfordern wären.

Lean: Zuerst einmal zu dem Vorwurf, es würde uns immer nur um Sprache gehen. Dass es da ein richtig oder ein falsch gibt, ist ja ohnehin nicht die Haltung, mit der wir da ran gehen. Es geht auch hier wieder darum, was möchte ich denn mit meiner Sprache bewirken. Möchte ich beispielsweise bewirken, dass meine Angebote inklusiv sind und von allen wahrgenommen werden können, die auch wirklich angesprochen werden sollen, dann muss ich eben inklusiv sprechen oder mich darum kümmern, wie das denn gehen könnte.

Was mir hier aber vor allem wichtig ist. Natürlich geht es uns in erster Linie um materielle Verbesserungen für marginalisierte Gruppen. Sprache ist da ein Mittel auf dem Weg dahin, aber es ist nie das Endziel. Also unsere Arbeit ist nicht getan, wenn alle auf eine bestimmte Art sprechen oder alle den Unterstrich benutzen, sondern es geht um Aufenthaltsrechte für Geflüchtete, Bewegungsfreiheit, Gesundheitsversorgung für trans Personen, es geht um gerechten Lohn für behinderte Menschen, die in Werkstätten arbeiten, in der Öffentlichkeit sein können, ohne rassistisch beleidigt zu werden und und und. Es geht um Verbesserungen von Lebensbedingungen von ganz vielen Menschen und Sprache gehört da einfach dazu. Klar, das ist einfach das Mittel, mit der wir unsere Wirklichkeit beschreiben

und Sprache schafft auch Wirklichkeit. Wir brauchen adäquate Sprache für die Analyse von Verhältnissen, wir brauchen sie, um Problemlösungen zu entwickeln und um Verbindungen zu halten. Und auf der anderen Seite ist Sprache auch etwas, wo alle Personen ihren eigenen Beitrag leisten können, und deswegen bietet es sich auch als Einstieg an zu sagen: „Hey guck mal, du könntest das jetzt auch inklusiver formulieren. Sensibler sprechen lernen, das können wir alle.“ Und nur manche sind in der Position, Gesetze zu beschließen oder irgendwo Gesundheitsversorgung zu ermöglichen.

Aber ganz grundsätzlich geht es uns auch viel darum, wirklich genau zu überlegen, was möchte ich sagen, wen möchte ich ansprechen, wen möchte ich einladen, wer ist Zielgruppe. Und unsere Erfahrung ist, desto klarer das auch ist, desto besser wird auch die Veranstaltung, weil diejenigen, die angesprochen werden auch verstehen, was da passieren soll.

Und zu der Kritik, unsere Sprache sei zu elitär und akademisch. Da würde ich auch zuerst noch einmal fragen, ist das in jedem Fall so? Manchmal sind die Begriffe ja auch communitybezogen und für Leute von außen einfach ungewohnt. Ich finde diese Kritik hat auch etwas Herablassendes. Als ob Leute ab einem gewissen Alter oder wenn sie im Dorf leben oder von Klassismus betroffen sind, sich nicht sensibel ausdrücken könnten. So wird ja oft genderinklusive Sprache angegriffen. Wer Rührei sagen kann, kann auch Schüler\_in sagen. Und wer da einen Anlass hat, inklusiv zu sprechen, dann ist es meistens eben doch möglich.

Aber nochmal: zu unseren Forderungen hat nie gehört, dass wir eine Sprachpolizei einrichten wollen, die irgendwie Knöllchen verteilt, sondern es geht darum, bewusst mit Sprache umzugehen und da auch mit dem Spaß an der Veränderung, an dem miteinander sprechen und den Möglichkeiten auch Neues zu entwickeln, die eben Sprache bietet.

Andreas: Um dies zu verdeutlichen, wie mächtig Sprache sein kann, will ich mal einen Vergleich aus einem anderen Politikfeld, den Klimathemen zitieren. In einem Beitrag in der taz wurde diskutiert, welche Rolle die Sprache in der Verkehrspolitik spielt und welche sie zur Veränderung der Verkehrspolitik spielen müsste. In der Sprache werden die Machtverhältnisse zwischen dem Auto auf der einen und Rad- und Fußgänger\_innen auf der anderen Seite sichtbar. Früher hieß es noch: „Geht runter auf die Straße und spielt.“ Das würde heute niemand mehr sagen, weil auf der Straße spielt man nicht, da fahren Autos. Jetzt spricht man von einer „gesperrten Straße“ dann, wenn sie für Autos gesperrt ist. Dies könnte man auch als eine „geöffnete Straße“ bezeichnen. Man könnte von Autolagerplätzen, statt von Parkplätzen sprechen, und es würde ein anderes Bild dazu entstehen. Es heißt, die „Fußgängerin wurde angefahren“, und nicht „die Autofahrerin fuhr die Fußgängerin an“. Durch diese passive statt aktiven Formulierungen wird das, was passiert ist, verharmlost und bagatellisiert. Würden wir statt von Unfällen von Verkehrsgewalt sprechen, würde das die Diskussion über ein Tempolimit direkt beeinflussen. Das sind kleine Beispiele, wie ein Denken darüber geschaffen wird, was wir als Verkehr wahrnehmen.

In dem Bereich von Diskriminierung gibt es viele Beispiele, bei denen sprachliche Veränderungen gemacht wurden, die von einer großen Mehrheit übernommen und kaum mehr angezweifelt werden. Es wird kaum noch Leute geben, die heute noch darauf bestehen würden, Menschen mit einer Behinderung „Krüppel“ zu nennen, nur weil die Großeltern so gesprochen haben. Und auch eine unverheiratete Frau als Fräulein zu bezeichnen, ist ziemlich out und ein weiteres Beispiel dafür, dass es eigentlich nicht so wahnsinnig schwierig ist, Sprache zu verändern, wenn man eben merkt, dass Sprache nicht inklusiv ist.

Trotzdem, und da würde ich dir auch zustimmen, müssen wir kritisierbar bleiben darin, wie wir darauf achten in welchem Kontext wir wie sprechen. Den Pauschalvorwurf können wir zurückweisen, aber in konkreten Situationen würde uns manchmal etwas Demut gut tun, wie Kübra Gümüşay in ihrem Vortrag in unserem TAKT-Projekt im Dezember 2020<sup>3</sup> es genannt hat. Wir haben hier durch unseren Beruf viele Möglichkeiten zu lernen und uns mit diesen Fragen zu beschäftigen. Das haben andere nicht. Aber wir können von anderen erwarten, dass sie hier bereit sind, auch an sich arbeiten. Es geht um Spracharbeit und nicht um Sprachpolizei an diesem Punkt.

---

<sup>3</sup> <https://adis-ev.de/publikationen/mediathek/sprechen-ueber-rassismus-kuebra-guemuesay>

Lean: Wir sind ja auch in ganz unterschiedlichen Kontexten unterwegs. Einerseits sind wir eine Fachstelle und werden immer wieder auch angefragt, Fortbildungen zu machen, dann sind wir natürlich auch eine Beratungsstelle und dann sind wir auch für Gruppen da und im Bereich Empowerment aktiv, wo sich Communities auch gewisse Sprachgewohnheiten angeeignet haben. Und deswegen sind wir auch mit unterschiedlichen Sprachen unterwegs. Natürlich ist es für uns auch immer ein Lernprozess, zu switchen oder zu schauen, wie wir auch in Einfacher oder Leichter Sprache mehr Informationen zur Verfügung stellen. Also klar, da sind wir immer auch Lernende.

## Zur Diskussion um Political Correctness

Lean: Dann aber doch noch einmal zu einem anderen Begriff, der in diesem Zusammenhang wichtig ist: Political Correctness. Das ist so die Vorgängervariante von Identitätspolitik, eigentlich steckt da etwas ganz Sinnvolles dahinter auf den ersten Blick, sich angemessen auszudrücken, aber der wurde ja auch total von Rechten vereinnahmt und im Prinzip so ein Schlagwort im wahrsten Sinne des Wortes, was immer als Vorwurf benutzt wird.

Andreas: Wir haben ja immer wieder erlebt, dass bestimmte Begriffe oder auch Verhaltensweisen so stark symbolisch aufgeladen wurden, dass diese Debatten sich schon auch entkoppelt haben von politischer Arbeit, wie wir sie gerade beschrieben haben. Der Kampf um eine richtige Sprache oder die Aufforderung, sein Verhalten zu verändern, hat nicht mehr mitreflektiert, dass das Verhalten immer auch im Kontext der Veränderung der Verhältnisse, die das Verhalten nahelegen, in Verbindung gebracht werden muss. Da gibt es einen Teil von Kritik an Political Correctness, den ich teile.

Wir könnten jetzt drüber sprechen, wie es zu diesen Dynamiken einer auf Sprache und Verhalten verkürzten Politik kommt. Es gibt wohl eine Verlockung, so mit überschaubarem Aufwand, das Gefühl zu bekommen, auf der richtigen Seite zu stehen. Wenn ich nur schaffe, in kein „Fettnäpfchen“ zu treten, und das von anderen auch erwarte, habe ich schon alles richtig gemacht. Auf eine Art ist das eine naheliegende Reaktion auf die erlebte Ohnmacht, die du beschrieben hast. Wenn ich nicht sehe, wie ich tatsächlich dazu beitragen kann, Gesetze und materielle Verhältnisse zu ändern, weil ich dazu die Systemfrage stellen müsste, kann das schon zu einem Gefühl von Ohnmacht führen. Wenn aber so Politik durch Moral ersetzt wird, ist das eine ohnmächtige Politik und es besteht tatsächlich die Gefahr, von den eigentlichen Problemen abzulenken. Wolfgang Fritz Haug<sup>4</sup> hat dies mal als den Unterschied zwischen politisch richtig und richtig politisch beschrieben.

Nun ist es ja aber so, dass Political Correctness heute vor allem auch als Kampfbegriff von rechts genutzt wird, um eine menschenrechtsorientierte Politik zu diffamieren und dann auf der anderen Seite es den Vorwurf gibt, wir würden mit einer menschenrechtsorientierten Politik den Rechten die Wähler\*innen in die Arme treiben.

Lean: Das ist aus meiner Perspektive zurückzuweisen, also dass, was da dahintersteckt ist ja so ein Victim Blaming: die Opfer werden zu den Verantwortlichen gemacht für die Gewalt, die ihnen passiert oder für die Gefahr, der sie ausgesetzt sind. Dieser Vorwurf kommt auch aus linken Zusammenhängen. Das ist auf keinen Fall richtig. Das stimmt einfach nicht, dass der politische Erfolg zusammenhängt mit der Frage, ob jetzt irgendwo ein Gendersternchen auftritt.

Hier ist wichtig deutlich zu machen, dass das Erstarren der Rechten und die Gewalt, die sie ausüben, die Gefahr für marginalisierte Personen und Gruppen darstellt und nicht der Kampf für gleiche Rechte. Und selbst wenn es so wäre, was bedeutet das denn? Hören wir dann auf, uns für gleiche Rechte einzusetzen? Da würde ich schon deutlich sagen, dass das Problem eher ist, dass seit Jahren und Jahrzehnten weggeschaut und zugeschaut wird, anstatt konsequent Politik gegen rechts zu machen

---

<sup>4</sup> Foitzik/Marvakis (Hg.) (1997): „Tarzan, was nun? - Internationale Solidarität im Dschungel der Widersprüche“  
Download: <https://www.assoziation-a.de/buch/Tarzan>

und diesen Aufstieg einzudämmen. Und die Rechten werden nicht verschwinden, wenn Marginalisierte die Luft anhalten.

Andreas: Wenn es darum geht, alternative Konzepte gegen Rechts zu entwickeln, wäre ein vielversprechenderer Weg, wenn die Menschenrechte als eine Grundlage jeder Politik von allen anerkannt und nicht bei jeder Gelegenheit wieder in Frage gestellt werden. Wir haben dazu letztes Jahr ein Buch gemacht. Das heißt „Recht vor Gnade“.<sup>5</sup> Damit wollten wir menschenrechtliche Entscheidungen, die für alle Staaten bindend sind, ins Bewusstsein rufen. Wenn ich alle Menschen, die sich wirklich auf die Grundrechte berufen, wirklich dazu stehen würden, wäre dies eine viel mächtigere Position gegen Rechts, als wenn wir versuchen, den Rechten noch hinterherzulaufen und noch so zu sprechen, damit sie uns verstehen. Die brauchen dann irgendwann gar keine Regierung zu stellen, um ihre Position durchzusetzen.

Wie du es schon gesagt hast, es geht hier um Versagen auf politischer Ebene, wie sind Ressourcen, wie sind Bildungschancen verteilt. Wir müssen da sicher auch noch mehr über Klassismus sprechen, wir müssen da sicher auch in unserer Arbeit das Thema von marginalisierten Menschen, die aufgrund ihrer sozialen Lage von der Gesellschaft ausgeschlossen werden, noch stärker mitdenken. Auf dieser Basis könnten dann gemeinsam Konzepte entwickelt werden, wie es auch zu Bündnissen kommen kann und nicht Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen in der Gesellschaft marginalisiert werden, gegeneinander ausgespielt werden.

Lean: Ich weiß, du wolltest das so nicht sagen, aber das ist ja immer so eine Verkürzung, dass Armut oder Abstiegsangst die Ursache für den Zuspruch der Rechten ist. Das lenkt davon ab, das rechte Zusammenhänge ganz viele Privilegien und Ressourcen haben und die ungestört nutzen können für Organisierung.

## Zur Diskussion um die "Opferindustrie"

Lean: Dann kommen wir vielleicht zum Schluss von der größeren Ebene der Politik in Deutschland zu einem konkreten Vorwurf, den es an uns gab, nämlich wir würden so etwas betreiben wie eine Opferindustrie. Wir würden Leute zu Opfern machen und das wäre unser Geschäftsmodell.

Andreas: Hinter diesem Vorwurf steckt die Weigerung, Unterschiede in Sprechpositionen, in Lebenspositionen anzuerkennen. Im Gegenteil wird davon ausgegangen, in einer Demokratie hätten alle die gleichen Möglichkeiten, sich gleichberechtigt in gesellschaftliche Diskurse einzubringen. Die Anerkennung von unterschiedlichen Sprech- und Handlungspositionen und auch die Anerkennung von vulnerablen Positionen in der Gesellschaft wäre wichtig, um überhaupt über den Begriff Opfer nachdenken zu können. Gerade angesichts dieser doch sehr unterschiedlichen Positionen ist es schon zynisch, wenn Menschen aus sehr machtvollen Positionen heraus, die Unterstützung von Menschen, die in dieser Gesellschaft tatsächlich zu Opfern werden oder einfach in Gefahr sind, ausgeschlossen zu werden, als Geschäftsmodell bezeichnen.

Lean: Ja total. Leute werden in Situationen zu Opfern gemacht und können dann Unterstützung gebrauchen, um sich zu wehren. Aber das bedeutet ja nicht, dass sozusagen der Opferstatus eine Identitätszuweisung ist. Du hattest ja schon euer Buch „Recht vor Gnade“ erwähnt. Das beschreibt sehr gut, was die Grundlage unserer Antidiskriminierungsarbeit ist. Es geht eben nicht darum, dass wir diejenigen, die von Diskriminierung betroffen sind, als Opfer sehen, die gewissermaßen der Gnade bedürfen. Alle Menschen haben Rechte und Anspruch auf einen rechtlichen Diskriminierungsschutz.

---

<sup>5</sup> <https://adis-ev.de/recht-vor-gnade-bedeutung-von-menschenrechtsurteilen-fuer-die-diskriminierungskritische-soziale>

Und für die Seite derer, die für Diskriminierung verantwortlich sind, gelten diese Rechte auch. Und diese gilt es durchzusetzen.

Dass es gesellschaftliche Machtverhältnisse gibt und bestimmte Personengruppen aufgrund von zugeschriebenen Merkmalen benachteiligt sind, ist ja nicht nur unsere private Idee. Das ist eine Grundlage vom Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, das wiederum andere Rechtsnormen umsetzt. Das ist etwas, was empirisch belegt ist durch Soziologie, Geschlechterforschung, Bildungsforschung, Geschichte, Politik und Rechtswissenschaft. Da gibt es auch einen wissenschaftlichen Konsens. Dass wir überhaupt dieses Fass immer wieder aufmachen, ist ein Ergebnis einer Diskursverschiebung. Der rechtliche Diskriminierungsschutz ist nun wirklich nicht linke verdächtige Identitätspolitik.

Wenn wir es noch einmal zusammenfassen wollen: Wenn Menschen mittels einer Reduktion auf bestimmte Identitäten oder Teil ihrer Identität an gesellschaftlicher Teilhabe gehindert werden, haben die Menschen das Recht, sich auch in Bezug auf diese Identitäten zu wehren.

Andreas: Was heißt das bezogen auf unsere Arbeit. Klar ist adis auch ein „Betrieb“, der Arbeitsstellen sichern muss, um die Arbeit fortführen zu können. Aber trotzdem ist das Argument, wir würden hier sozusagen Antidiskriminierungsarbeit machen, um unsere Jobs zu sichern, absurd. Das ist schon allein deswegen auch zynisch, weil dieser Vorwurf Antidiskriminierungsarbeit als Geschäftsmodell zu diffamieren, von Leuten kommt, die in der Regel ganz gut im Geschäft sind und da auch einiges dafür tun, um ganz gut im Geschäft zu bleiben.

Wir haben bei adis im Vergleich zu vielen Branchen in diesem Land sicherlich ganz gut bezahlte Jobs. Etliche von uns könnten aber woanders auch mehr verdienen. Aber wir arbeiten zum Beispiel mit Jahresverträgen, weil die Arbeit komplett projektfinanziert und nicht regelfinanziert ist.

Ein großer Teil der menschenrechtsbezogenen Arbeit von anderen Institutionen ist aber sehr prekär finanziert. Das kann auf Dauer nicht sein, dass Arbeit gegen Diskriminierung oder gegen rechte Gewalt, dass Arbeit für Demokratie oder ein gutes Leben für alle, dauerhaft prekär oder ehrenamtlich gemacht werden müssen. Die Arbeit ist so wichtig, dass sie professionell gemacht werden muss, es braucht eine gesetzliche Absicherung. Es gibt Diskussionen um ein Demokratiegelgesetz, das unsere Arbeit besser absichern würde.

Das sind Dinge, die uns beschäftigen. Wenn ich von uns spreche, dann spreche ich auch für die LAG Antidiskriminierungsberatung in Baden-Württemberg, für Kolleg\*innen, die wir sehr gut kennen und wir sind auch sehr engagiert im Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd), und überall da kennen wir wirklich keine Kolleg\*innen, die nicht daran arbeiten, die eigene Arbeit überflüssig zu machen. Also der Vorwurf, wir würden unsere Arbeit so machen, um neue Stellen zu schaffen und uns abzusichern, ist völlig absurd. Wenn es ein Geschäftsmodell ist, dann ist es ein Modell, das daraufhin arbeitet, sich selbst abzuschaffen.